

<b>Datum:</b>	<b>27. September 2010</b>
<b>Medium:</b>	<b>der Standard</b>

## Pflegefonds wird konkreter

27. September 2010, 17:31

### **Bei der Enquete zur Pflegefinanzierung forderten die Senioren die rasche Umsetzung eines**

#### **bundesweiten Pflegefonds**

Wien - "Blockiert und konserviert wird von den anderen!" Mit diesen Worten eröffnete Andreas Khol, Präsident des Seniorenrates, am Montag die Enquete zur Pflegefinanzierung im Parlament. Schließlich würden die Reformvorschläge, wieder einmal, von den Senioren selbst stammen und damit die Schlagzeilen von der "Rentnerdiktatur" oder den "Reform-Blockierern" entkräften.

Bei der Veranstaltung, die vom Seniorenrat in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG) organisiert worden war, stand vor allem eine Forderung im Zentrum: die rasche Umsetzung eines Pflegefonds. Der derzeitige BAG-Vorsitzende, Hilfswerk-Geschäftsführer Walter Marschitz, erklärte im Vorfeld, der Fonds solle eine "große Lösung" und kein Zwischenschritt werden.

Unterstützung für dieses Konzept kommt von Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ), der sich für einen steuerfinanzierten und zweckgebundenen Pflegefonds aussprach, um die wachsenden Kosten der kommenden Jahre abzudecken. Das Geld soll über den Fonds auf die Länder aufgeteilt werden, die es dann den Gemeinden zur Verfügung stellen. Die Ausgaben für Sachleistungen werden nach Berechnungen der Bundesländer und dem österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung bis 2020 auf 2,1 Milliarden Euro steigen. Zwar gebe es Überlegungen, das gesamte Geldvolumen in einen Fonds zu packen, doch stehe er nicht für eine Abschaffung des Pflegegeldsystems zur Verfügung, sagte Hundstorfer im Parlament.

Auch Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka (ÖVP) möchte die Verhandlungen für einen Pflegefonds rasch aufnehmen. Er sprach sich ebenfalls für die Beibehaltung des Pflegegeldsystems aus: "Dafür sprechen auch Gründe wie Anreize für pflegende Angehörige, ohne deren Engagement das System nicht finanzierbar ist."

Mit der Einrichtung eines Pflegefonds soll nach Willen der Mitglieder der BAG - das sind Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe - nicht nur die Finanzierung auf sichere Beine gestellt werden: Sie fordern einheitliche Spielregeln, da es bei der Pflegegeldeinstufung und dem Versorgungsniveau starke regionale Unterschiede gebe.

Kritik an dem Modell kommt von den Grünen: "Es wird nicht reichen, einen Pflegefonds einzurichten, der nur die Finanzierung einiger bestehender Leistungen übernimmt", meinte der grüne Sozialsprecher Karl Öllinger. Er fordert die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, um den Pflegefonds auf eine solide Basis zu stellen und um Reserven aufzubauen. FPÖ-Behindertensprecher Norbert Hofer forderte eine deutliche Erhöhung des Pflegegeldes.

Das 1993 eingeführte Pflegegeld ist zweckgebunden und zur Abdeckung der Mehraufwendungen bestimmt. Es gliedert sich in sieben Stufen: Von 154, 20 Euro bei einem monatlichen Pflegebedarf von 50 Stunden bis zur höchsten Pflegestufe von 1655,80 Euro, bei 180 Stunden monatlicher Pflege. Im August dieses Jahres gab es 363.453 Pflegegeld-Bezieher, das sind um 2,9 Prozent mehr als noch im Vorjahr. (APA, juh, DER STANDARD, Printausgabe, 28.9.2010)